Abend-Ausgabe. Nr. 324 Dienstag, 13. Juli 1937

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Bezugsgebühr bei täglich zweimaliger Zustellung frei Haus monatlich RM. 3.90, durch Postbezug RM. 3.90 einschl. 47,00 Rpf. Postgeb. (ohne Postzustellungsgebühr) bei siebenmal wöchentl. Versand. Einzel-Nr. 10 Rpf., außerhalb Sachsens mit Morgen-Ausgabe 15 Rpf.

Druck u. Verlag: Liepsch & Reichardt, Dresden-A. 1, Marienstraße 38/42. Fernruf 25241. Postscheckkonto 1068 Dresden. Dies Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden und des Schiedsamtes beim Oberversicherungsamt Dresden

Anzeigenpreise lt. Preisliste Nr. 6; Millimeterzeile (22 mm breit) 11,5 Rpf. Nachlässe nach Tarif. Familienanzeigen u. Stellengesuche Millimeterzeile 8 Rpf. Ziffergeb. 30 Rpf. — Nachdruck nur mit Quellenangabe Dresdner Nachrichten. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

Japans Truppen dringen weiter vor

Kampf um die Eisenbahnbrücke bei Peiping

Amtliche Erklärung: China zum Widerstand entschlossen

Peiping, 13. Juli.

Heftige Kämpfe sind seit Dienstagvormittag unmittelbar vor der Südmauer Peipings im Gange. Ihr Mittelpunkt liegt bei der Eisenbahnbrücke der Bahn Peiping—Tientsin, 3 Kilometer außerhalb der Stadt. Die Brücke wurde von aus Tungchou kommenden japanischen Truppen in Stärke von 400 Mann mit sieben Geschützen, denen der Eintritt in die Stadt verweigert wurde, angegriffen und nach scharfen Kämpfen besetzt.

Der Schauplatz der Kämpfe befindet sich unmittelbar neben dem stark belebten Militärlager der 37. Division der 29. Armee in Nanyuan.

Der stellvertretende chinesische Außenminister teilte mit, daß mehrere Regierungsbeauftragte zur Feststellung des Tatbestandes nach Nordchina entsandt wurden. Das Heranziehen der Truppen der japanischen Kwantung-Armee, der 5. Division aus Japan und die Mobilisierung der 10. Division in Japan selbst zeugten von dem japanischen Plan, die Lage zu verschärfen, was in offenbarem Gegensatz zu dem in Tokio ausgesprochenen Wunsch stehe, eine Verschärfung nicht zuzulassen.

Er habe den japanischen Geschäftsträger davon verständigt, daß China keinen Krieg hervorrufen wolle, aber zum Widerstand entschlossen sei, falls weitere Verletzungen der chinesischen Hoheitsrechte erfolgten.

Moskau schürt das Feuer

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 13. Juli.

Die sowjetrussische Presse beschäftigt sich mit den neuesten Zwischenfällen in Peiping und der chinesisch-japanischen Kontroverse in einer Weise, die deutlich das Bestreben verrät, die gespannten Verhältnisse im Fernen Osten noch mehr zu verwirren. Die sowjetrussische Darstellung läuft darauf hinaus, die Schuld an dem Zwischenfall einzig den Japanern zuzuschieben. Man ist in Moskauer politischen Kreisen der Meinung, daß die Versuche der Japaner, den Hopei-Tschachar-Rat völlig unter ihren Einfluß zu bringen, den Grund für die nunmehr mit den Waffen geführten Auseinandersetzungen bilden. Da Nanking den Bestrebungen der Japaner nicht gleichgültig hat gegenüberstehen können und in letzter Zeit seine Politik in Nordchina aktiviert hat, hätten die Japaner als einzigen gangbaren Ausweg zu den Waffen gegriffen. Man fühlt sich in Moskau bemüßigt, wiederum auf die Nanking von seiten Japans angeblich drohende Gefahr hinzuweisen, und operiert mit der Unterstellung, daß es das Ziel der japanischen Politik sei, ganz Nordchina in Abhängigkeit von Japan zu bringen.

Türkischer Ministerbesuch in Moskau. Der türkische Innenminister ist am Montag in Moskau eingetroffen. Mit dem türkischen Innenminister kommt auch der sowjetrussische Gesandte in Ankara, Karski, nach Moskau. Der türkische Außenminister Rüschti-Aras ist gleichfalls auf dem Wege nach Moskau. — Der schwedische Außenminister Sandler hat die sowjetrussische Hauptstadt verlassen und ist nach Stockholm zurückgekehrt.

Furchtbare Anklage gegen das Prager System

Selbstmordstatistik beweist die soziale Not der Sudetendeutschen

Prag, 13. Juli.

In den letzten Mitteilungen veröffentlichte das Statistische Staatsamt in Prag die wichtigsten Todesursachen der Sterbefälle des Jahres 1936. Im Hinblick auf die Rückschlüsse, die die Selbstmordziffern auf die soziale Lage ermöglichen, untersucht das Amt diese Todesursache besonders, wobei es zunächst zu der Schlußfolgerung kommt, daß die steigende Tendenz der Selbstmorde in der Tschechoslowakei vorläufig zum Stillstand gekommen sei.

Aus den Feststellungen geht aber hervor, daß die Zahl der Selbstmorde in Böhmen am größten ist. Die Untersuchung der Selbstmordziffer für Böhmen ist somit von besonderer Bedeutung. Wenn als Landesdurchschnitt 37 Selbstmorde je 100 000 Einwohner festgestellt worden ist, so sind es beispielsweise in dem deutschen Bezirk Hohenelbe 65, in Dauba 60, in Warnsdorf 57, in Leitmeritz 56, in Asch und Kaaden 55. Diese Angaben betreffen die politischen Bezirke. Eindrucksvoller wirkt das Zahlenbild, wenn man die Gerichtsbezirke mit heranzieht. So weist Rochlitz an der Iser die Höchstverhältniszifer mit 118 Selbstmorden auf, erreicht also nahezu das Dreifache des Landesdurchschnitts.

Dieses Zahlenbild zeigt, daß die Behauptungen des Statistischen Staatsamtes über einen Stillstand der Selbstmorde für die deutsche Bevölkerung Böhmens nicht zutreffen. Das verhältnismäßige „Selbstmordtief" lag für Böhmen 1934 bei 41. Noch in diesem Jahre gab es zwanzig deutsche Bezirke, die diese Verhältniszifer überschritten. Im vorigen Jahre sind 2667 Menschen durch Selbstmord aus dem Leben geschieden. Davon stammten 1047 aus Bezirken mit deutscher Bevölkerung. Diese Zahlen sprechen eine eindeutige Sprache, die besagt, daß auch nach den amtlichen Erhebungen die sozialen Selbstmordursachen für die deutsche Bevölkerung in unverminderter Härte weiterbestehen.

Englands Vermittlungsvorschläge „nahezu vollendet"

Kein großer Optimismus für den letzten Versuch zur Wiederherstellung der Kontrolle

London, 13. Juli.

Die englischen Morgenzeitungen sind bezüglich des vermittelnden Planes, an dem das Foreign Office zur Ueberwindung der Nichteinmischungskrise arbeitet, sehr zurückhaltend, was vielleicht darauf zurückzuführen ist, daß die englische Regierung ihren Plan erst im Nichteinmischungsausschuß bekanntgeben will. Immerhin sind die kurzen Pressekommentare im allgemeinen nicht sehr optimistisch.

Die neuen englischen Vorschläge sind, wie „Daily Telegraph" mitteilt, nahezu vollendet. Das Blatt erklärt, dieser Versuch für die Wiederherstellung der Kontrolle werde der letzte sein, der unternommen werde. Schlage er fehl, so würden England und Frankreich sich völlige Handlungsfreiheit hinsichtlich der Nichteinmischung vorbehalten.

Daß die Ausarbeitung des Kompromißplanes nur langsam vor sich geht, ist nach dem diplomatischen Korrespondenten des „Daily Herald" ein Zeichen dafür, wie ernst man die Aufgabe auffasse, einen Ausweg aus der Krise zu finden. Die englische Regierung, so betont das Blatt, wisse, daß ein Zusammenbruch unvermeidlich sei, wenn sie keinen allgemein annehmbaren Plan vorlegen könne.

*

Die französischen Blätter bemühen sich heute, wie unsere Berliner Schriftleitung drahtet, erneut, den Abbruch der internationalen Kontrolle an der Pyrenäengrenze zu rechtfertigen. Im großen und ganzen sind diese Kommentare in einem verhältnismäßig ruhigen Ton gehalten. Wenn auch verschiedene Blätter Andeutungen über die Absichten Edens machen, muß doch betont werden, daß es sich dabei lediglich um Kombinationen handelt. Im Augenblick selbst ist noch nicht zu übersehen, welchen Weg Eden einschlagen wird.

Blum – wenig bescheiden!

Selbstbeweihräucherung seiner Regierungstätigkeit

Paris, 13. Juli.

Auf dem sozialdemokratischen Parteitag in Marseille sprach am Montagabend der stellvertretende Ministerpräsident Leon Blum. Er führte u. a. aus, er nehme alle Verantwortung für die Spanienpolitik auf sich. Viele Hoffnungen seien enttäuscht worden, doch sei trotz allem seit einem Jahr Europa ein allgemeiner Krieg erspart geblieben. Nachdrücklich sprach sich Blum gegen jeden Gedanken eines Präventivkrieges aus. Im übrigen verteidigte Leon Blum seine Regierungstätigkeit und erklärte, die sozialdemokratische Partei habe sich klar darüber auszusprechen, ob sie die Regierungstätigkeit Blums und der sozialdemokratischen Minister billige oder verurteile. Er erkenne bei aller Selbstkritik einen Mißerfolg, wie ihn einige der sozialdemokratischen Redner auf dem Kongreß seiner Regierungstätigkeit vorgeworfen hätten, nicht an. Trotz aller Schwierigkeiten und Angriffe habe das Experiment Erfolg gehabt. Die Wirtschaft sei angekurbelt, die Kaufkraft der Massen gehoben worden. (!) Blum ging in seinen Behauptungen noch weiter, indem er ernsthaft versicherte, daß, wenn man heute in Frankreich daran gehen könne, die Finanzen wieder ins Gleichgewicht zu bringen, dies allein nur möglich sei, weil sein Experiment dies vorbereitet habe. (!) Seit einigen Tagen, so fuhr Blum dann fort, höre er immer wieder den Ruf: „Blum an die Macht!" Das sei ihm unangenehm, denn er sei der loyale Mitarbeiter von Chautemps. Die Frage, ob er dem Senat hätte Widerstand leisten sollen, beantwortete Blum dahin, daß es angesichts der außenpolitischen Lage keine andere Wahl gegeben habe, als zurückzutreten.

Eisenbahnunglück bei Budapest

Budapest, 13. Juli.

In der Nähe der ungarischen Hauptstadt Budapest bei der Bahnstation Vecses ereignete sich heute morgen ein Eisenbahnzusammenstoß. Ein Personenzug fuhr in voller Fahrt in einen Güterzug hinein, der in zwei Teile zerrissen wurde. Hierbei wurden zwei Personen getötet und acht schwer verletzt. Ein Hilfszug, der zur Hilfeleistung aus Budapest entsandt worden war, hatte ebenfalls einen Unfall. Er überfuhr einen Bauernwagen, dessen zwei Insassen auf der Stelle getötet wurden.

Moskaus Ausländerkommissar verhaftet

Warschau, 13. Juli.

Wie die polnische Telegraphenagentur aus Moskau meldet, ist der Ministerialdirektor im Außenkommissariat, Bekmann, der sich besonders um die Ausländer zu kümmern hatte, seines Postens enthoben worden. Wie verlautet, soll Bekmann verhaftet worden sein.

Neue Aufgabenverteilung im Vierjahresplan

Berlin, 13. Juli.

Der Beauftragte für den Vierjahresplan, Ministerpräsident Generaloberst Göring, hat den badischen Ministerpräsidenten, Finanz- und Wirtschaftsminister Pg. Walter Köhler auf seinen Wunsch mit Wirkung vom 31. Juli 1937 von dem von ihm gleichzeitig ausgeübten Amt als Leiter der Geschäftsgruppe Rohstoffverteilung des Vierjahresplanes entbunden, da Ministerpräsident Köhler sich auf die Dauer außerstande sah, die beiden Tätigkeiten bei der steigenden Beanspruchung nebeneinander auszuüben, ohne daß eine Aufgabe dabei leidet. Ministerpräsident Göring hat dem Ministerpräsidenten Köhler, der sich jetzt wieder in vollem Umfange seinen Aufgaben als badischer Ministerpräsident sowie als Finanz- und Wirtschaftsminister widmen wird, in einem Handschreiben seinen Dank für die von ihm im Rahmen des Vierjahresplanes geleistete wertvolle Arbeit ausgesprochen und sich vorbehalten, die reichen Kenntnisse und Erfahrungen des badischen Ministerpräsidenten auch weiterhin dem Vierjahresplan nutzbar zu machen.

*

Ministerpräsident Göring hat außerdem folgende, der geschäftlichen Entwicklung entsprechende Aenderungen der Organisation des Vierjahresplanes verfügt:

I. Zur Pflege der Außenhandelsgeschäfte ist die „Geschäftsgruppe für Außenhandelsgeschäfte" gegründet worden. Ihre Leitung wurde dem Major a. D. Eberhard von Jagwitz übertragen. Aufgabe dieser Geschäftsgruppe ist es, unbeschadet der grundsätzlichen und allgemeinen Betreuung des Außenhandels durch die hierfür zuständigen Ministerien und durch die Geschäftsgruppe Devisen, die geschäftliche Ausfuhrtätigkeit im einzelnen nach jeder Richtung hin zu fördern und zu beleben. Die Geschäftsgruppe für Außenhandelsgeschäfte steht in enger Verbindung mit der Auslandsorganisation der NSDAP.

II. Die Geschäftsgruppe Rohstoffverteilung ist nach dem Ausscheiden des Ministerpräsidenten Köhler aus der Organisation des Vierjahresplanes aufgelöst worden.

III. Für die bisher in der Geschäftsgruppe Rohstoffverteilung bearbeiteten Angelegenheiten der Eisen- und Stahlbewirtschaftung ist eine besondere Geschäftsgruppe gegründet worden. Zum Leiter dieser Geschäftsgruppe und zum Generalbevollmächtigten für die Eisen- und Stahlbewirtschaftung hat Ministerpräsident Generaloberst Göring den Oberst des Generalstabes von Hannecken ernannt.

IV. Die übrigen Arbeitsgebiete der Geschäftsgruppe Rohstoffverteilung sind den in Betracht kommenden anderen Geschäftsgruppen überwiesen worden. Demgemäß werden nunmehr bearbeitet:

a) die bisher in der Geschäftsgruppe Rohstoffverteilung bearbeiteten Außenhandelsgeschäfte von der Gewerbegruppe für Außenhandelsgeschäfte;

b) die Aufgabe der Verdrängung des Holzes durch die Kohle von dem Amt für deutsche Roh- und Werkstoffe;

c) die Erfassung und Bearbeitung des gesamten, nicht landwirtschaftlichen Zwecken (Schweinemast) dienenden Altmaterials einschließlich der Müllverwertung durch einen besonderen Kommissar

d) die bisher in der Geschäftsgruppe Rohstoffverteilung bearbeiteten Nichteisenmetalle und sonstigen Rohstoffe besonderen Kommissar;

„Apostelkirche Johannes" aufgelöst

Hamburg, 13. Juli.

Auf Grund der Verordnung zum Schutz von Volk und Staat hat der Reichsführer SS und Chef der deutschen Polizei die Sekte „Apostelkirche Johannes" (auch „Das Wiederkommen Jesu Christi, Meister in Jüngerscharen" genannt) mit sofortiger Wirkung für das gesamte Reichsgebiet aufgelöst und verboten.